

Gegenantrag

**zum Tagesordnungspunkt 3 der Hauptversammlung der Kali + Salz AG am 14.05.2014,
„Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes“**

Ich beantrage: Die Hauptversammlung möge dem Vorstand die Entlastung verweigern.

Begründung:

Der Vorstand sieht die Zukunftsrisiken unkritisch und entwickelt keine tragfähigen Strategien, um die Risiken zu meistern. Dies betrifft sowohl die Erlös- als auch die Kostenseite.

1. Der Vorsitzende des Vorstands sagt im Unternehmensbericht für 2013 zur Preisentwicklung auf dem Kalimarkt: „Alle Marktteilnehmer haben sich einer Situation gegenüber gesehen, die zu einer großen Verunsicherung geführt hat. Dadurch sind die Preise stark unter Druck geraten. Unsere Erfahrung zeigt aber, dass sich solche Marktphasen auch wieder glätten.“

Damit gibt sich der Vorstand einer Hoffnung hin. Der Preis für Kali wurde in der Vergangenheit von Wettbewerbern künstlich hochgehalten, unter anderem durch Drosselung der Produktion bei drohendem Preisverfall. Im vergangenen Jahr sind diese nordamerikanischen und russischen/weißrussischen Anbieter in den USA nur deshalb nicht verurteilt worden, weil sie im Musterprozess einem Vergleich zustimmten (United States District Court, Northern District of Illinois, 12.06.2013, MDL Docket # 1996 sowie The United States Court of Appeals for the Seventh Circuit, 27.06.2012, No. 10-1712). Die Schadenersatzsumme belief sich auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag in US Dollar.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Wettbewerber der Kali + Salz ein weiteres Mal

versuchen werden, den Marktpreis für Kali zu manipulieren.

Der Preis für Kali steht heute bei USD 300 pro Tonne, damit also weit unter dem Preis von über USD 800 aus 2009. Wie kann der Vorstand annehmen, dass sich diese Marktphase wieder glättet?

2. Der Vorstand schreibt zur Risikoeinschätzung für das Unternehmen, also auch zur Entsorgungssituation von salzhaltigen Abfällen: "Unter Berücksichtigung der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit und der potenziellen finanziellen Auswirkung der erläuterten Risiken und auf Basis der Erkenntnisse der mittelfristigen Planung erwartet der Vorstand zum jetzigen Zeitpunkt keine zukünftige Entwicklung, bei der Risiken einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken zu einer dauerhaften und bestandsgefährdenden Beeinträchtigung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der K+S GRUPPE führen könnten."

Die Versalzung der Flüsse durch Kali und Salz trifft auf Widerstand. Die Hoffnung des Vorstandes, Politiker mit dem Arbeitsplatzargument auf Distanz zu halten und die Genehmigungsbehörden wie gewohnt für sich zu gewinnen, passt nicht mehr in die Zeit. Entlang der Flüsse sprechen sich komplette Kommunen gegen die weitere Entsorgung von Salzabfällen ins Süßwasser aus. Sowohl in Hessen als auch in Niedersachsen regieren grüne Umweltminister. Warum sollte die bisherige Versalzungspraxis also weiterhin genehmigt werden?

Der Vorstand wiederholt den Fehler deutscher Energieversorger, die bis vor wenigen Monaten dachten, die Energiegewinnung aus Kernkraft würde langfristig von den Politikern verteidigt und von den Genehmigungsbehörden abgenickt. Heute – nach dem Beschluss zur Abschaltung der Kernkraftwerke - versuchen diese Unternehmen, durch Kostensenkungsprogramme und Schadenersatzklagen ihre vormalige Stellung zu halten. Den Aktionären ist Schaden entstanden.

Der Vorstand ignoriert, dass die Methoden der Vergangenheit nicht mehr funktionieren.

- Die Anträge zu Raumordnungsverfahren für den Bau von Salzpipelines sind zwar vorbereitet, aber der Beschluss, die Entsorgung entsprechend auch vorzunehmen, fehlt. Sieht so entschlossenes Handeln aus?

- Vorschläge, Salzabfälle gänzlich zu vermeiden, werden als ökologisch und ökonomisch unsinnig abgetan. Dabei ist klar, dass – sollte die Salzeinleitung in Werra und Weser nicht mehr genehmigt werden – ein unter Zeitdruck entworfener Plan B zur Abfallvermeidung viel teurer kommen wird als eine langfristig angelegte Projektplanung. Laut Finanzbericht liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in 2013 bei 13,9 Mio Euro, bezogen auf den Umsatz also bei 0,4%. Dies ist ein für DAX-Unternehmen sehr geringes Engagement.

Dem Vorstand sollte im Unternehmensinteresse daran gelegen sein, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, ein gutes Image aufzubauen und mit einem realistischen Geschäftsmodell die Zukunft des Unternehmens zu sichern. Stattdessen hofft der Vorstand, dass die Genehmigungsbehörden wie in der Vergangenheit der Salzeinleitung schon zustimmen und die Politiker ihre abwartende bis positive Haltung beibehalten werden.

Ein Geschäftsmodell, das auf der Erlösseite von künstlich hohen Preisen ausgeht und das die wahren Kosten der Abfallentsorgung nicht einbezieht, verdient das Attribut „nachhaltig“ nicht.

Es liegt daher nicht im Aktionärsinteresse, diesen Vorstand zu entlasten.

